



Nebulös: Wie die Energiewende zu schaffen ist, ist vielen noch schleierhaft.

Foto dpa

Nur die FDP ist gegen Windräder

Landtag steht zur Energiewende, Liberale warnen vor Chaos

ler. WIESBADEN. Die FDP steht mit ihrer Kritik gegen die Energiewende allein im Hessischen Landtag. Redner von CDU, SPD, Grünen und Linkspartei waren sich gestern einig, dass die Förderung regenerativer Energien eine der wichtigsten Aufgaben der Landespolitik für die nächsten Jahrzehnte sei. Wirtschafts- und Energieminister Tarek Al-Wazir (Die Grünen) stellte klar, dass die schwarz-grüne Regierungskoalition an dem Ziel festhalte, den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung in den nächsten vier Jahren auf 25 Prozent zu verdoppeln. Das sei nur möglich, wenn, wie vorgesehen, zwei Prozent des Landes als Vorrangfläche für Windkraft ausgewiesen und deutlich mehr Rotoren errichtet würden.

Die Bedenken vieler Menschen, die eine Verschandelung der Landschaft befürchteten, nehme er ernst, sagte Al-Wazir in einer von der FDP initiierten Landtagsdebatte. Der Eingriff in die Natur sei aber beim Bau einer Autobahn sehr viel größer als bei der Schaffung eines Windparks. Der FDP hielt er vor, es gehe ihr nicht um den Schutz von Wald und Tieren, sie wolle vielmehr „Stimmung gegen die Energiewende machen“. Mit ihrem Nein zu neuen Windrädern und zum Ausbau des Stromnetzes stellten die Liberale letztlich den Atomausstieg in Frage.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Florian Rentsch warnte hingegen vor einer Ener-

giepolitik „ohne Sinn und Verstand“. Die Energiewende drohe mit der von Wirtschaftsminister Al-Wazir angestrebten Verhundertfachung der Zahl der Windkraftanlagen in Hessen von derzeit 800 auf bis zu 4000 „völlig aus den Fugen“ zu geraten und im „Chaos“ zu enden. Beim Energiegipfel vor drei Jahren habe Einigkeit darüber bestanden, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien nicht gegen die Bürger durchgesetzt werden dürfe, doch die Proteste gegen die oft massiven Eingriffe in die Natur nähmen zu. Mit der Mehrheit gegen Windkraftanlagen in einem Bürgerentscheid in Oestrich-Winkel habe die Debatte eine „neue Qualität“ erhalten.

Die Landesregierung, so Rentsch, dürfe nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern müsse zur Kenntnis nehmen, dass das Thema Windkraft zu einer „entscheidenden Glaubwürdigkeitsfrage“ für Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) werde. Dessen Partei sei „eindeutig umgefallen“, indem sie in der Koalition gemeinsam mit den Grünen den „zügellosten Ausbau“ der Windkraft in Hessen kompromisslos vorantreibe. Wenn eine Kommune sich gegen einen Windpark ausspreche, dürften die Turbinen danach nicht einfach 100 Meter weiter im Staatsforst aufgestellt werden.

SPD, Grüne und Linkspartei erinnerten Rentsch daran, dass er selbst in seiner Zeit als hessischer Wirtschaftsminister

die Voraussetzungen für den Bau zusätzlicher Windkraftanlagen geschaffen habe. „Alle Grundlagen für die Energiewende tragen die Unterschrift meines Amtsvorgängers“, sagte Al-Wazir. Die parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Angela Dorn, warnte davor, vom Ergebnis eines einzigen Bürgerentscheids auf eine generelle Skepsis gegen die Energiewende zu schließen. Das Gegenteil sei der Fall. Eine Emnid-Umfrage habe ergeben, dass neun von zehn Deutschen prinzipiell für die Energiewende seien. 59 Prozent seien mit Windkraftanlagen in ihrer Nachbarschaft einverstanden, und die Akzeptanz steige sogar auf 70 Prozent, wenn die Turbinen schon aufgestellt seien.

Der Entscheidung in Oestrich-Winkel stünden zwei andere hessische Bürgerentscheide gegenüber, die eine Mehrheit für Windräder ergeben hätten, äußerte Peter Stephan (CDU). Die Bürger müssten mit klaren technischen, naturschutz- und forstrechtlichen Kriterien und durch ein transparentes Verfahren auf dem Weg zur Energiewende mitgenommen werden. „Wir stehen zum Energiekonsens“, bekräftigte auch Timon Gremmels (SPD), der der CDU vorwarf, sie treibe ein „doppeltes Spiel“. Während sich die Union im Landtag an der Seite der Grünen als Anhänger erneuerbarer Energien geriere, redeten viele ihrer Mandatsträger in ihren Wahlkreisen den Kritikern nach dem Mund.